



Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein
Gänseblümchenweg 14
24568 Kaltenkirchen

Tel.: 04191-60262

Fax: 04191-60913

email: info@IVL-SH.de

web: www.IVL-SH.de

An die

Vorsitzende des Bildungsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtags,
Frau MdL Susanne Herold

- über den Geschäftsführer des Bildungsausschusses, Herrn Ole Schmidt -
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Stellungnahme der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL) zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes in Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Frau Herold,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Abgeordnete,

Lübeck, 30. November 2010

die IVL hat sich eingehend mit dem Entwurf des neuen Schulgesetzes beschäftigt und sieht einige Verbesserungen gegenüber dem Schulgesetz von 2007, aber auch Nachbesserungsbedarf. Dementsprechend haben wir unsere Ausführungen in Abschnitte gegliedert, um dem Ausschuss unsere Ansichten möglichst strukturiert darzulegen.

Begabungsgerechte Förderung

Die IVL begrüßt die vorgesehene begabungsgerechte und entwicklungsgemäße Förderung der einzelnen Schülerin/des einzelnen Schülers, denn die Empirie

Klassenstufe 5. Nur so kann die destruktive Konkurrenzsituation zwischen beiden Schularten überwunden werden. Schulräte sprechen hinter vorgehaltener Hand schon von „Kannibalisierung“!

„Schulfrieden“ bedeutet „Schulfreiheit“ und nicht die Zementierung starrer, ideologischer Käfigwände, die durch Gängelungserlasse, wie die Schulen sie in den letzten Jahrzehnten erleiden mussten, immer enger und beklemmender wurden!

Frieden ohne Freiheit gibt es nicht – auch und gerade nicht in der Schule!

Entbürokratisierung

Die IVL begrüßt, dass mit der Versetzung in Klassenstufe 10 wieder der Hauptschulabschluss erworben werden kann und die unnötigen Prüfungen, die den Schulalltag extrem belastet haben, wieder abgeschafft wurden.

Die IVL sieht in der Abkehr von EVIT und „Lernplan-Wirtschaft“ erste gute Ansätze nach der bürokratischen Gängelungspolitik der letzten Jahrzehnte. Die bisher durchgeführte Entbürokratisierung von Schule reicht jedoch nicht aus. Wir fordern daher weitere Maßnahmen, z.B. die Rücknahme des WPU-Erlasses, dessen Umsetzung zurzeit unverhältnismäßig viel Arbeitskraft der Kollegien bindet.

Schulische Entscheidungen durch das Fachpersonal

Die IVL fordert, mehr Aufgaben vollständig in die Zuständigkeit der Lehrerkonferenz zu übertragen. Dort besteht Dienstverpflichtung der Anwesenheit und alle Fächer sind vertreten, denn schließlich es geht um die Verantwortung für die Grundsätze in §63, Abs. 5 - 8 genannten Bereiche in ihrer Durchführung und für deren Ergebnisse. Die in der Schulrealität zufällige Zusammensetzung von Schulkonferenzen kann diese Grundsatzarbeit nicht leisten und die nötige Kontinuität nicht gewährleisten. Außerdem sind räumliche, aber vor allem personale und fachspezifische Faktoren einzubeziehen, über die Eltern und Schülerinnen und Schüler keinen Überblick haben.

Entlastung und Aufwertung der Lehrkräfte

Nur durch das Ende der Entmündigung sind auch die angestrebte Entlastung von Verwaltungsarbeit und die Konzentration auf pädagogische Aufgaben für die Lehrkräfte wirklich erzielbar. Die Schulkonferenzen zeigen in der Praxis häufig Scheindebatten, die den Interessen der Lehrkräfte an einer effizienten und

praktikablen Unterrichtsgestaltung entgegenstehen. An dieser Stelle könnte die Aufwertung des Lehrberufs („Lehramtes“) ohne großen Aufwand gesetzlich festgeschrieben werden.

Aus Sicht der IVL sollten Lehrkräfte in den schulischen Bereichen, in denen sie alleinig für die Umsetzung verantwortlich sind, selbst über die Grundsätze ihrer Arbeit entscheiden dürfen. Wir fordern die Übertragung pädagogischer Aufgaben von der Schul- in die Lehrerkonferenz.

Mit Schülerinnen und Schülern reden, nicht über sie!

Wir wollen, dass Lehrkräfte wieder mehr mit Schülerinnen und Schülern als über sie reden. Die Reputation einer Schule ist nicht abhängig von den blumigen Formulierungen ihres Schulprogramms, das in vielen Sitzungen ausformuliert und ständig evaluiert werden muss, sondern von den tatsächlichen Aktivitäten der Lehrkräfte und von ihrem Dienst am Kind. Dafür bleibt unter den derzeitigen Arbeitsverhältnissen aber immer weniger Zeit.

Französisch-Unterricht

Mit brennender Sorge betrachtet die IVL beispielsweise die Fehlplanung im Hochschulbereich, die im Flensburger Sek.I - Lehrerstudium keine Französisch-Ausbildung vorsieht und damit den Regional- und Gemeinschaftsschulen auf mittlere Sicht das Personal in diesem Bereich entziehen wird, sodass kein ordentlicher Übergang zu gymnasialen Oberstufen mehr möglich sein wird.

Die IVL fordert endlich eine weitsichtige Personalplanung für den Schleswig-Holsteinischen Schuldienst.

Abschließende Bemerkungen

Wir raten den politischen Entscheidungsträgern dieses Landes unsere Hinweise ernst zu nehmen und zum Beispiel neben dem Festhalten am ODIS-Selbstbetrug nicht weiter an den Stellschrauben „Lehrergehalt“ und „Lehrerarbeitszeit“ zu drehen. Wenn die Entprofessionalisierung von Schule fortschreitet, die Motivation junger Studierender als Pädagogen in die Schulen zu gehen weiterhin abnimmt und das politisch motivierte Negativ-Bild des Lehrers nicht korrigiert wird, werden wir uns zukünftig nicht über den Erhalt von Bildungsqualität, sondern über den

fundamentalen Wiederaufbau eines funktionierenden Schulwesens auseinandersetzen müssen.

Damit es dazu nicht kommt, bietet die IVL weiterhin ihre Kompetenz, die aus 60jähriger Erfahrung als Berufsverband resultiert, und ihre zukünftige Bereitschaft zur Mitwirkung zur Schulgesetzgestaltung an.

Bildung im Gleichschritt in einem Einheitsschulsystem hat keine Zukunft, wenn wir eine freiheitliche und demokratische Bürgergesellschaft erhalten wollen.

Wir empfehlen dem Bildungsausschuss des Landtags dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes in Schleswig-Holstein zuzustimmen, da wir darin gute Ansätze sehen, den Unterricht in den Schulen des Landes weitgehend ideologiefrei und praxisorientiert zu gestalten.

Grete Rhenius, Landesvorsitzende der IVL